

den Kampf um hohe Ordnung und Sicherheit durch ihre Tätigkeit in Kommissionen, Arbeitsgruppen und Aktiven unterstützen. So wirken auf dem Territorium der Stadt Magdeburg u. a. 268 Verkehrssicherheitsaktive, 7 Verkehrserziehungszentren, 66 Arbeitsgruppen „Junge Verkehrshelfer“ an den polytechnischen Oberschulen, 143 ehrenamtliche Mitarbeiter zur Kriminalitätsvorbeugung, 33 Ordnungsrundgruppen der FDJ, 35 Jugendhilfekommissionen und -ausschüsse sowie 59 Arbeitsgruppen „Junge Brandschutzhelfer“. Die intensive und vielseitige Arbeit der staatlichen Organe, Betriebe und der gesellschaftlichen Kräfte führte zu guten Ergebnissen: So konnte in der Stadt Magdeburg im Zeitraum von 1976 bis 1979 die Anzahl der Arbeitsunfälle um 6 Prozent, der Verkehrsunfälle um über ein Fünftel und der Brände um nahezu ein Zehntel sowie der Straftaten um 15 Prozent zurückgedrängt werden.

Natürlich stellt das Leben immer wieder neue Anforderungen, sind vorhandene Mängel und Rückstände konsequenter zu beseitigen und begünstigende Faktoren für Gesetzesverstöße noch zielstrebig zu bekämpfen. Für die weitere Arbeit zur Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit hat der Rat der Stadt Maßnahmen beschlossen, die vor allem darauf gerichtet sind, die vorbildliche Arbeit und die guten Erfahrungen im sozialistischen Wettbewerb des VEB Schwermaschinenbaukombinat „Ernst Thälmann“ und anderer Kombinate und Betriebe so zu verallgemeinern, daß sie verbindliche Norm im Handeln der Leitungen aller gesellschaftlichen Bereiche werden.

Einbezogen in diesen Erfahrungsaustausch ist auch die rechtspropagandistische Arbeit in den Betrieben, vor allem auf der Ebene der Arbeitskollektive, um weitere Aktivitäten für Ordnung und Sicherheit zu initiieren. Die zu diesem Zweck eingerichteten Konsultationsstützpunkte für Ordnung und Sicherheit im Handel, für vorbeugenden Brandschutz und für den Kampf um die Anerkennung als Bereich vorbildlicher Ordnung und Sicherheit im Bauwesen haben sich bewährt. 1979 wurden z. B. in vier Konsultationsstützpunkten 150 Veranstaltungen mit etwa 4 500 Teilnehmern durchgeführt. Die Leiter der Betriebe haben die Erfahrungen der Besten aufgegriffen, und den Werktätigen in ihrem Verantwortungsbereich wurden mehr und konkretere, arbeitsplatzbezogene Kenntnisse über die gesetzlichen Bestimmungen und betrieblichen Ordnungen zur Gewährleistung von Gesetzlichkeit, Ordnung und Sicherheit vermittelt.

#### *Zur staatlichen Leitung auf dem Gebiet von Ordnung und Sicherheit in den Wohngebieten*

Das Wirken der Abgeordneten und der Mitarbeiter des Rates ist darauf gerichtet, in den Wohngebieten die Initiativen der Bürger zur Verschönerung der Stadt zu fördern, die Bewegung für vorbildliche Ordnung und Sicherheit in enger Verbindung mit dem „Mach mit“-Wettbewerb weiterzuentwickeln und dabei alle volkswirtschaftlichen Reserven erschließen zu helfen. Bewährt hat sich dabei in den Wohnbezirken die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen Abgeordneten, den Wohnbezirksausschüssen der Nationalen Front, dem VEB Kommunale Wohnungsverwaltung und Gebäudebewirtschaftung Magdeburg sowie den Partnerbetrieben und Schulen.

Um die Wettbewerbsprogramme konkret ausgestalten zu können, werden die Beteiligten jährlich rechtzeitig auf der Grundlage des Jahres- und Haushaltsplanes über die inhaltlichen und territorialen Schwerpunkte informiert. Es finden regelmäßig gemeinsame Wohngebiets- und Ortsbegehungen statt, aus denen sich ebenfalls konkrete Aufgaben für die volkswirtschaftliche Masseninitiative ergeben. So beteiligten sich z. B. an den „Monaten der volkswirtschaftlichen Masseninitiative“ über 80 000 Bürger der Stadt Magdeburg. Grünflächen, Vorgärten und Parkanlagen werden z. T. von Hausgemeinschaften oder von Bürgern in persönliche Pflege genommen. Auch Hausordnungen, Mieterverwaltungsverträge, Mietervertreterkonferenzen und Hausreparaturpläne dienen dem Ziel, überall im Wohngebiet Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit durchzusetzen.

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 3. Juli 1980 die im Entwurf gründlich mit den Bürgern der Stadt diskutierte neue Stadtordnung beschlossen. Diese Ordnung ist ein wichtiges kommunal-politisches Leitungsinstrument zur

Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit, Ordnung, Disziplin und Sicherheit in den Wohngebieten. Um ihre Wirksamkeit zu erhöhen, müssen die Volksvertretungen, ihre Kommissionen und die Räte eng mit den Ausschüssen der Nationalen Front zusammenarbeiten und möglichst viele gesellschaftliche Kräfte sowie die Kombinate, Betriebe, Genossenschaften und Einrichtungen der Stadt und die Bürger aktiv einbeziehen. Die staatliche und gesellschaftliche Kontrolle über die Einhaltung dieser Ordnung sollte dabei ständig im Blickpunkt der Leitungstätigkeit stehen. Auch die Rechtserziehung der Bürger und eine breite Rechtspropaganda in den Arbeitskollektiven ist in diesem Zusammenhang wirksamer zu gestalten. Auf den jährlichen Sicherheitskonferenzen in der Stadt werden dazu wertvolle Erfahrungen vermittelt, die für die weitere Arbeit auf diesem Gebiet Maßstäbe setzen.

Für das gesellschaftliche Leben in den Wohngebieten — einschließlich aller Aufgaben auf dem Gebiet von Sicherheit und Ordnung — ist es wichtig, die politisch-ideologischen Potenzen der Großbetriebe besser zu nutzen. Einzelne Wohngebiete haben daher in unserer Stadt Partnerbetriebe und werden von erfahrenen Werktätigen aus diesen Betrieben in der massenpolitischen Arbeit unterstützt. Kombinate, Betriebe, Genossenschaften und Einrichtungen delegieren geeignete Kader in gesellschaftliche Gremien der Wohngebiete, so u. a. in Schiedskommissionen, Aktiva für Ordnung und Sicherheit oder als ehrenamtliche Mitarbeiter der örtlichen Räte zur Mitwirkung an der Erziehung und Kontrolle kriminell Gefährdeter und der aus dem Strafvollzug entlassenen Bürger. Diese gesellschaftliche Arbeit in den Wohngebieten findet in den Betrieben ständig eine hohe Anerkennung.

Das Zusammenwirken des VEB Magdeburger Armaturenwerke „Karl Marx“ mit den gesellschaftlichen Kräften des Partnerwohngebiets hat z. B. mit dazu geführt, daß in den Häusern, Straßen und Anlagen eine vorbildliche Ordnung und Sauberkeit herrscht, überdurchschnittliche Leistungen in der volkswirtschaftlichen Masseninitiative erbracht wurden, keine Mietschulden mehr bestehen und das geistig-kulturelle Leben interessanter gestaltet wurde.

Bewährt hat sich in den Wohngebieten auch die Arbeit der Aktive für Ordnung und Sicherheit bei den Ausschüssen der Nationalen Front. Diese Aktive, die für ihre koordinierende und komplexe Arbeit einen möglichst großen Kreis gesellschaftlicher Kräfte erfassen sollen, arbeiten u. a. eng zusammen mit den Schiedskommissionen, der freiwilligen Feuerwehr, der Betreuergruppe für kriminell gefährdete Bürger, dem ABV, der ABl, der Jugendhilfekommission, der KWV sowie ggf. mit den Leitungen der Kleingartenanlagen und Jugendklubs.

Besonders gute Leistungen der gesellschaftlichen Kräfte aus den Wohngebieten werden vom Rat der Stadt öffentlich mit dem „Blumenstrauß der Woche“ oder mit der Eintragung in das „Buch der guten Taten“ gewürdigt. Die massenpolitische Öffentlichkeitsarbeit ist darauf gerichtet, alle Bürger zur freiwilligen Einhaltung ihrer Rechtspflichten zu veranlassen. Dennoch ist es aber auch mitunter notwendig, z. B. zur Durchsetzung von den in der Stadtordnung geforderten Anliegerpflichten zur Sauberhaltung öffentlicher Straßen, Wege und Plätze, kollektive Erziehungsmöglichkeiten in den Haus- und Wohngemeinschaften zu nutzen oder bei Rechtsverletzungen Ordnungsstrafverfahren durchzuführen.

\*

In der weiteren Arbeit unserer Volksvertretungen und ihrer Organe kommt es darauf an, auch bereits in der längerfristigen Planung die staatliche Verantwortung so wahrzunehmen, daß die Bereitschaft und Fähigkeit der Werktätigen zu hohen Leistungen gefördert und das Vertrauensverhältnis zum sozialistischen Staat noch mehr vertieft wird. Die Rolle und Autorität der Volksvertretungen und ihrer Räte bei der weiteren Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit, Ordnung und Sicherheit ist zu verstärken, und ihre Leitungstätigkeit ist so zu gestalten, daß die schöpferischen Kräfte der Werktätigen entfaltet werden und ihre aktive Mitarbeit bei der Lösung der im Territorium anstehenden Aufgaben des jährlichen Volkswirtschaftsplans auch künftig gesichert wird.